



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

F/XII/122 - 29. Mai 1957

Hinweis
auf den Inhalt:

Zur Kommuniké von Washington	S. 1
Rolle des Senders "Freies Europa" in der ungarischen Tragödie	S. 3
Reform der öffentlichen Erziehungshilfe	S. 5
Die Männer um Adenauer und die Illustrierten	S. 8
Der Appell der Nobelpreisträger	S. 9

Folgen der Passivität Bonns

S.A. Das zum Abschluss des fünften Adenauer-Besuches in den USA veröffentlichte Kommuniké lässt das Bemühen erkennen, jede Vermutung über eine Änderung der amerikanischen Aussenpolitik zurückzudrängen. Man versichert sich gegenseitig, dass keine Abänderungsmaßnahmen getroffen werden sollten, die die Wiedervereinigung Deutschlands beeinträchtigen könnten und betont gleichzeitig, die USA würden so lange Truppen in Europa, einschliesslich Deutschlands, aufrechterhalten, so lange die Ordnung in Europa hängt. Modernste Verteidigungswaffen sollen jedem Angreifer entzogen.

Auffallend ist, dass die am Dienstag Abend von mehreren Nachrichtenagenturen verbreitete Meldung, Eisenhower habe dem Vorschlag Adenauers zugestimmt, auf einer Viermächte-Konferenz das Deutschlandproblem erneut zu erörtern - ein grosser Teil der deutschen Presse berichtete triumphierend über diesen "Erfolg" Adenauers - in dem offiziellen Kommuniké nicht enthalten ist. Dort heisst es: "Der Bundeskanzler wird daher (für den Fall, dass in London ein umfassendes Abüstungsgeschehen zustande kommt, D.Aed.) dem Präsidenten - wie er es den Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens geraten hat -, dass nach Ansicht der Bundesrepublik der Abschluss eines ersten Abüstungsgeschehens ein geeigneter Zeitpunkt für eine Konferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands sein würde, an der die Aussenminister der vier verantwortlichen Mächte teilnehmen. Die USA werden mit der Französischen und

britischen Regierung über dieses Thema beraten."

Entkleidet man dieses "Ergebnis" der amerikanische Adressate ihres von gegenseitigen Lobsprüchen und Freundschaftsbekundungen umrankten Beiwerkes, dann ergibt sich: Die USA sind unerschlossen, der Sowjetunion bei den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen in London entgegenzukommen.

Es dürfte wohl keinen vernünftigen Menschen geben, der sich nicht über einen Erfolg der Londoner Abrüstungsverhandlungen freuen würde. Ein Abrüstungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dient der notwendigen Entspannung, und diese Entspannung wiederum könnte Voraussetzungen für erfolgversprechende Verhandlungen über die Deutschlandfrage bieten. Aber gerade in dieser wahrscheinlich jetzt beginnenden Phase der internationalen Politik wird mit erschreckender Deutlichkeit das Fehlen eines deutschen Planes zur Wiedervereinigung, vorgelegt von der Bundesregierung, sichtbar.

Das Abschlusskommuniqué von Washington besagt nämlich nichts anderes als dass die jetzigen Bemühungen um eine Entspannung zunächst auf der Grundlage des Status quo - also auf der Grundlage der Teilung Deutschlands und Europas - erfolgen werden.

Das war auch gar nicht anders zu erwarten, denn im Gegensatz zu ihrer Pflicht hat die jetzige Bundesregierung in den vergangenen Jahren und Monaten nichts getan, um die Möglichkeit der deutschen Einbeziehung in die sich schon seit langen abzeichnend. Freundschaft sowohl der Amerikaner als auch der Russen zur Rüstungsbegrenzung vorzubereiten.

Der Bundesregierung scheint dies auch völlig bewusst zu sein. Ihr genügen für den Wahlkampf die jetzt abgegebenen Versicherungen. Es war der Bundeskanzler selbst, der in einer Presskonferenz vor amerikanischen Journalisten zugab, die Abrüstungsverhandlungen könnten unter Umständen noch Jahre dauern, und infol dessen könne über den Zeitpunkt der Einberufung einer Viermächte-Konferenz - zu der laut Kommuniqué Eisenhower noch nicht einmal seine Zustimmung gegeben hat - nichts gesagt werden...

Das Ziel der offiziellen Regierungspropaganda in Bonn wird jetzt vor der Wahl sein, die ohne Zweifel sichtbar gewordene Abkehr der Vereinigten Staaten von der Politik der sogenannten Stärke zu verschleiern. Gewiss gibt es politische Kräfte in Amerika, die die Bundesregierung hierbei unterstützen werden. Die weitere Entwicklung wird aber nicht davon, sondern unmittelbar von der greifbaren Ergebnissen der Londoner Abrüstungsverhandlungen abhängig sein.

Deshalb muss eine deutsche Bundesregierung jeden Tag - bildlich gesprochen - an die Türen von London pochen. Sie muss den möglichen Ergebnissen voraussehen und ständig bemüht bleiben, deutsche Vorstellungen in das internationale Spannungsgespräch einzufügen. Nichts wäre für das Schicksal des deutschen Volkes verhängnisvoller, als würde Bonn jetzt mit Rücksicht auf die Wahl und um das Gesicht der Vergangenheit wahren zu können, in der Starrheit der Atmosphäre des Kalten Krieges verharren.

Eine Frage an die Bundesregierung

sp- In Januar dieses Jahres liess die Bundesregierung verlauten, ihre Überprüfung der ungarischen Sendungen von Radio "Freies Europa" während der Revolutionskämpfe im Oktober/November 1956 habe keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen gegeben. Die schweren Beschuldigungen, die gegen die Tätigkeit des Senders in den tragischen Wochen des ungarischen Freiheitskampfes erhoben worden seien, hätten sich als falsch herausgestellt; es seien lediglich einige missverständliche Bemerkungen ausgestrahlt worden.

Schon lange bevor diese beruhigende Erklärung verbreitet wurde, zu der Zeit, als die Diskussion über die Rolle des Senders "Freies Europa" im ungarischen Freiheitskampf die deutsche Öffentlichkeit erregte, haben wir darauf hingewiesen, dass die sogenannte "Überprüfung" der Sendungen durch die Bundesregierung nicht geeignet sei, ein objektives Bild zu geben. Mehrere hundert Stunden Bandaufnahmen wurden lediglich in Auszügen übersetzt und kontrolliert. Ein solches Verfahren ermöglicht kein abschliessendes Urteil. Die Bundesregierung hätte besser daran getan, sich jeder Stellungnahme zu enthalten, nachdem sie schon ihre selbstverständliche Verpflichtung, die Tätigkeit des Senders laufend und in allen Sendungen sorgfältig zu beobachten, versäumt hatte.

Nicht ohne Grund werfen wir der Bundesregierung die Vernachlässigung ihrer Kontrollpflicht vor. Zitate aus den ungarischen Sendungen von "Freies Europa", die uns jetzt zugänglich wurden, zeigen, dass in den kritischen Oktober-Novembertagen der Sender erheblich Schlimmeres als nur "missverständliche Bemerkungen" verbreitete. Was hier den ungarischen Hörern, die begierig auf jede Stellungnahme, jede Erklärung aus den für sich Westen lauschten, vorgesetzt wurde, war eine massive Hetze gegen den Ministerpräsidenten Imre Nagy, gegen den Mann, dessen vorbehaltlose Unterstützung in jenen Wochen vielleicht eine Chance für einen Erfolg des ungarischen Freiheitskampfes gegeben hätte. Die Frage ist heute nüssig, wieweit diese Angriffe gegen Nagy dazu beigetragen haben, die Stellung des ungarischen Ministerpräsidenten zu unterminieren und ihn in eine Politik hineinzuzwingen, die dann mit der Zerstückelung des ungarischen Freiheitskampfes endete. Aber nachdrücklicher noch als im Herbst vergangenen Jahres muss auf Grund des vorliegenden Beweismaterials die Frage an die Bundesregierung gestellt werden, was sie dazu bewogen hat, dem Sender ihre Absolution zu erteilen. Kannte sie die Kommentare

nicht, aus denen wir nachstehend zitieren, oder will sie die hier verfolgte Politik decken? Wir erwarten eine Antwort.

*

Zitate aus Sendungen von Radio "Freies Europa" in ungarischer Sprache

ausgestrahlt zwischen dem 24. Okt. und dem 3. November 1956

24. Oktober 56, Emil Csonka:

"Dies also ist die erste Tat von Imre Nagy: Kugeln, Galgen, Verfolgung, Sowjetische Armeen und Terror! Das also ist die grosse Verheissung, keine stalinistischen Methoden mehr! Mit seinem ersten Akt hat sich somit Imre Nagy an die politische Leiche von Rákosi gebunden und das agonisierende politische Programm von Gerö übernommen."

25. Oktober, Andor Gellért:

"Die erste Geste des neuen Ministerpräsidenten (Imre Nagy, d.Red.) hat darin bestanden, auf die Solidarität mit der ihm in Sympathie zugetanen Masse zu verzichten und die Rote Armee gegen diese aufmarschieren zu lassen. Statt Dankbarkeit zu erweisen, war der Verrat die erste Tätigkeit des neuen Ministerpräsidenten. ...eine der traurigsten Tatsachen der Budapestere Ereignisse war, dass Imre Nagy den Aufmarsch der russischen Armee und die Ausübung von Standgerichten gegen jene Massen billigte, die ihm zur Macht verholfen hatten... Dieser sein Schritt ist bereits heute in die Reihe der grössten Verrate der ungarischen Geschichte eingegangen und wird vielleicht noch nach hunderten von Jahren erwähnt werden."

26. Oktober 56, Sándor Körösi Krizsán:

"Inmitten der grossen Krise ^{ist} bei ihm (Imre Nagy, d.Red.) der alte Moskowiter durchgebrochen und er hat sich auf Befehl der Herren in Krenl auf die Seite des stalinistischen Gerö geschlagen, um die Willkürmacht des ungarischen Gauleiters des Sowjet-Imperialismus retten zu helfen. ... János Kádár und Imre Nagy sind ebenso Vertrauensleute Moskaus wie ihre Vorgänger. Sie wurden von Nikoľan und Suslov unmittelbar als Marionetten aufgestellt..."

27. Oktober 56, Zoltán Kémeth:

"Es gibt keinen Ungarn, der Imre Nagy jemals dieses schreckliche Blutvergiessen verzeihen könnte. Imre Nagy hat das Vertrauen verspielt, als er das Feuer der Sowjet-Panzer auf das ungarische Volk richten liess. Imre Nagy hat sich als erbärmlicher Moskowit erwiesen, der in Land ein Blutbad angerichtet hat... Mit solchen Händen, an denen das vergossene Blut von Tausenden klebt, das nicht mehr abgewaschen werden kann, kann man nicht regieren..."

Károly Fábán:

"Wer ist der unrechtmässige Angreifer... in Ungarn? Der Vaterlandsverräter und Nationsmörder Imre Nagy und seine sündige Regierung! Nur József Mindszenty hat seine Stimme gegen die russische - 5 -

29.5.1957

Besetzung erhoben. Wer ist der Mörder? Ihre Nagy und seine Regierung..."

Kampiparolen

28. Oktober 56, László Béry:

(Seit dem 26. Oktober waren verschiedene Freiheitssender im Lande zu hören, die unter der Leitung der Revolutionsräte standen und wie folgt angegriffen wurden. d.Red.):

"Es ist Ihnen, liebe Hörer, sicher aufgefallen, dass über das Land eine Flut von Radiosendungen erging, auf derselben Wellenlänge, in überraschend guter Lautstärke und mit auffallend gleichen Kennzeichen. In der ersten Sekunde erscheint es so, als würden diese wirklich die Ziele und Wünsche des Volkes ausdrücken. Sie schalten gleich mit der allgemeinen Stimmung, aber gleichzeitig versuchen sie diese Stimmung in auffallend verdächtig Richtung abzuleiten. Diese Sendungen haben zwei gemeinsame verräterische Eigenschaften. Während sie den Sieg der Revolution feiern und die Liquidierung der AVH gutheissen, sind sie der Meinung, dass Ihre Nagy ein ausgezeichnete Mann ist, dem das Volk vertrauen kann."

29. Oktober 56, Zoltán Kovács:

"Traue nicht den Ihre Nagy in seiner Zwangslage abgerungenen Versprechungen."

László Béry:

"Kann man mit ihnen (Regierung, d.Red.) verhandeln? Kann man dulden, dass ein winziger vielleicht noch verbliebener Bruchteil der Staatsmacht auch nur wenige Minuten in den Händen eines so entschlossenen Mörders bleibt?"

László Béry, nachdem Nagy Verhandlungen zum Abzug der russischen Truppen angekündigt hatte. D.Red.

"Verdächtig ist auch die Ankündigung von Ihre Nagy, dass die Regierung Verhandlungen mit der Sowjetunion bezüglich des Rückzugs der Sowjetischen Truppen aus ungarischen Gebiet eingeleitet hat. Das wird vom glorreich kämpfenden ungarischen Volk tausenfach gefordert, aber Ihre Nagy versucht diese Forderung mit einer schamlosen Lüge zu entschärfen."

30. Oktober 56, Zoltán Németh:

"Der Volksmörder Ihre Nagy hat nicht so viel menschliches und ungarisches Gefühl, dass er abgedankt wäre."

László Béry:

"Die Armee, die gegen Ungarn aufmarschierte, ist nicht unbesiegtbar... Angeblich sind (aus der Sowjetunion, d.Red.) neue Truppen nach Ungarn beordert. Die Zahl dieser Truppen ist nicht endlos, also wir müssen nicht mit der ganzen Sowjetarmee rechnen, sondern nur mit den entscheidenden, zur Herstellung der Ordnung beauftragten Truppen. Die ungarische Armee ist stärker als diese. Nach aller Vernunft und kühler Rechnung ist die Möglichkeit gegeben, dass die ungarische Armee der gegen das Volk aufmarschierten Sowjetarmee widerstehen kann und instande ist, den Sieg zu erkämpfen, - 5a -

29.5.1957

welcher nicht nur den höchsten Ruhm der Geschichte um die Stirn der ungarischen Soldaten winden würde, sondern er ist die einzige Möglichkeit des Überlebens auch für die Gruppen, die bis jetzt nicht an den Kämpfen teilgenommen haben."

1. November 56, Zoltán Kovács:

"Das Bauerntum wünscht keinerlei Variation von Kommunismus. Es will auch nicht das System von Imre Nagy. Wenn die gegenwärtige Regierung von Imre Nagy sich über diese Lage hinwegretten kann, was gäbe die Garantie, dass die Bitternis der vergangenen Jahre nicht wieder zurückkehrt."

2. November 56, Andor Gellért: (Nachdem Imre Nagy den Abzug der russischen Truppen gefordert, den Austritt aus dem Warschauer Pakt erklärt, die Hilfe der UNO und die Garantie der vier Grossmächte für die ungarische Neutralität erbeten hatte. D.Red.)

Der Präsident des Ungarischen Ministerrats hat gleichzeitig mit seinem diplomatischen Schritt eine dramatische Rede gehalten, in der er gegen die sich auftürmenden Gefahren die Schaffung der nationalen Einheit verlangte. Liebe Hörer, in dieser Lage ist die erste Frage, was für ein moralisches und politisches Recht hat der heutige Ministerpräsident, nationale Einheit und Vertrauen zu verlangen. ...in dem grossen Prozess (zur Beurteilung Nagy's, d.Red.) wird das Urteil in einer ruhigeren Zeit von der Nation oder vielleicht von der Geschichte ausgesprochen werden..."

3. November 56, László Béri:

Über die Person von Imre Nagy haben wir in diesen Sendungen schon viel gesprochen. Wir wissen nicht, ob es sein Versäumnis ist, dass hinter ihm immer noch eine Regierung steht, deren Mitglieder besser auf die Anklagebank als auf den Ministerstuhl passen..."

* * *
Reizvolle Nachbarschaft

Als die NATO-Minister in Bonn tagten, grüsste von den Plakatsäulen vor dem Bundeskanzleramt die Forderung "Keine Wehrpflicht... SPD". Die SPD versucht damit in Gang zu bringen, was anderswo, in England, Belgien, Frankreich, den USA seit langem im Gange ist: Die Diskussion um die Abschaffung dieses alten Zopfes einer mit dem Atomzeitalter überwundenen Vergangenheit. Inzwischen wird in Grossbritannien gehandelt. 1960 wird die Wehrpflicht abgeschafft sein. Dem Jahrgang 1941 werden bereits die Jahre der Wehrpflicht für ein ziviles und privates Leben geschenkt werden. Nur Bundeskanzler Adenauer und mit ihm die Koalitionsparteien halten an der Wehrpflicht nach wie vor fest. Sie haben dabei einen neuen Bundesgenossen bekommen. Auf ihren letzten Parteitag haben sie sich ebenfalls für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen. Wer? die britischen Kommunisten. Eine reizvolle Nachbarschaft, in der sich unser Bundeskanzler befindet.

Vorschläge und Forderungen der Arbeiterwohlfahrt

Bearbeitet von Dr. Christa Hasenclever

Die Vorschläge und Forderungen der Arbeiterwohlfahrt zur Reform der öffentlichen Erziehungshilfe gehen davon aus, dass die öffentliche Erziehungshilfe nicht ausreichend in dem damals äusserst fortschrittlichen und großzügigen Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 - dem ersten Jugendwohlfahrtsgesetz der Welt - geregelt wurde. Unter öffentlicher Erziehungshilfe versteht man die unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten durchgeführte Heimerziehung für erziehungsbedürftige Kinder und Jugendliche.

Die Arbeiterwohlfahrt entwickelt ihre Forderungen von ihren Vorstellungen einer künftigen Gesamtreform des Jugendwohlfahrtsrechtes aus. Im Mittelpunkt der Vorschläge steht die Forderung nach einem zeitgemässen Ausbau der Jugendämter. Die politische Entwicklung nach 1922 - Inflation, Wirtschaftskrise, Nationalsozialismus, Krieg und Kriegsfolgen - hat die Jugendämter durchweg daran gehindert, eine so umfassende und vorbeugende Erziehungshilfe aufzubauen, wie notwendig ist, um den Eltern bei auftretenden Erziehungsschwierigkeiten durch gut ausgestattete Erziehungsberatungsstellen und andere Möglichkeiten soviel Unterstützung und Hilfe wie möglich zu gewährleisten. Fortschrittliche Jugendämter haben in der Praxis bewiesen, dass durch ein System vorbeugender Erziehungshilfe in vielen Fällen eine Heimerziehung - und das bedeutet immer die Gefahr einer Entfremdung von den Eltern und die Aufwendung relativ hoher Kosten - ganz vermieden oder auf einen sehr kurzen Zeitraum begrenzt werden kann. Diese Jugendämter empfinden die derzeitige Regelung der Fürsorgeerziehung - in der Praxis die wichtigste Form der öffentlichen Erziehung - als besonders unzufrieden.

Nicht mehr zeitgemäss

Die im wesentlichen auf dem Preussischen Fürsorgeerziehungsgesetz von 1900 beruhende Regelung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes stammt aus einer Zeit, in der es noch keine Jugendämter gab und Methoden zur vorbeugenden Erziehungshilfe noch nicht entwickelt waren. Das Gesetz überträgt die pädagogische und finanzielle Verantwortung für die aus erzieherischen Gründen notwendig werdende Heimerziehung nicht den örtlichen Jugendämtern. Es setzt überörtliche Stellen - die Fürsorgeerziehungsbehörden - ein, die Art der jeweiligen Erziehung in Heimen oder Familien verantwortlich zu bestimmen und die Kosten dafür zu übernehmen. Diese Verantwortung der Fürsorgeerziehungsbehörden tritt aber nur dann ein, wenn ganz bestimmte, gesetzlich fixierte Voraussetzungen bei Eltern und Kindern gegeben sind, nämlich Verschulden der Eltern durch Vernachlässigung oder Missbrauch ihrer Rechte nach § 1666 des BGB und Verwahrlosung der Kinder. In anderen Fällen, auf die diese Voraussetzungen nicht zutreffen, sind örtliche Stellen (Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Wohlfahrtsamt) zuständig. Die Fürsorgeerziehung geht also immer noch von dem fragwürdig gewordenen Begriff der Verwahrlosung aus und beruht auf den Prinzipien des Verschuldens der Eltern und des Zwanges gegen Eltern und Kinder. Sie belastet beide mit einem gesellschaftlichen Makel und wird - aus ihrer Herkunft von der alten "Zwangserziehung" verständlich - von der Bevölkerung immer noch als Strafe und nicht als Hilfe empfunden.

Belastung und Makel

Auch die auf freiwilliger Vereinbarung mit den Eltern beruhende "Freiwillige Erziehungshilfe", die in einigen Bundesländern eingeführt wurde, wird in der Praxis weitgehend als Belastung und Makel - 7 -

für den Betroffenen angesehen. Dazu kommt, dass für die "gesetzlichen Sonderkategorien" oder für die unter die öffentliche Erziehungshilfe fallenden Kinder und Jugendlichen in der Regel auch Sonderheime in Anspruch genommen werden, die in ihren Erziehungsmethoden und in ihren Möglichkeiten nicht mit den neuen Erkenntnissen der Heilpädagogik und der Tiefenpsychologie Schritt gehalten haben. Es ist nicht länger zu verantworten, dass erziehungsschwierige und - gestörte Kinder unausgebildeten Kräften anvertraut werden. Die für diese Heime bereitgestellten Pflegesätze reichen heute nicht mehr aus. Die Arbeiterwohlfahrt erhebt deshalb folgende Forderungen für die Reform der öffentlichen Erziehungshilfe:

- 1) Die Jugendämter müssen in die Lage versetzt werden, alle Maßnahmen erzieherischer Jugendhilfe verantwortlich und planmässig durchzuführen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit müsse in einer früh- und rechtzeitig einsetzenden Unterstützung der Familienerziehung liegen. Durch intensive vorbeugende Arbeit- Erziehungsberatungsstellen, Kindertagesstätten, hauptamtliche Schutzaufsicht, offene Kinder- und Jugendgruppen, Pflegekinderbetreuung u.a.m. - ist die Heimerziehung soweit wie möglich zu vermeiden oder zeitlich zu beschränken.
- 2) Soweit aus erzieherischen Gründen eine Heimerziehung notwendig wird, muss ihre Einleitung und Durchführung vom Jugendamt veranlasst werden in enger, vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Eltern. Wenn das Einverständnis der Eltern nicht zu gewinnen ist, muss das Jugendamt im Zusammenwirken mit dem Vormundschaftsgericht die für das Wohl des Kindes erforderlichen Maßnahmen einleiten.
- 3) Im Bürgerlichen Gesetzbuch sind die Bestimmungen für die aus erzieherischen Gründen notwendig werdende Fremdunterbringung eines Kindes, bei der die Zustimmung der Eltern nicht zu gewinnen ist, auf eine zeitgenössere Formulierung zu bringen. Der Schutz der Eltern und der jungen Menschen gegen ungerichtlich eingetragene Eingriffe ist sicherzustellen. Die Heimerziehung darf den jungen Menschen gegenüber seinen Altersgenossen in der Familie nicht benachteiligen.
- 4) Für die genügende Zahl von geeigneten Erziehungsberatungsstellen und von gut ausgestatteten Heimen mit ausgebildeten Erziehern für Kinder und Jugendliche muss gesorgt werden. Für die Heimerzieher müssen geregelte Laufbahnbestimmungen und eine qualifizierte Ausbildung gefordert werden.
- 5) Erhöhte Aufwendungen der Allgemeinheit für vorbeugende Erziehungshilfe würden in vielen Fällen die hohen Kosten für Heimerziehung ganz ersparen, in anderen Fällen sie verringern. Soweit Heimerziehung notwendig wird, müssen ausreichende Pflegesätze eine gute heilpädagogische Arbeit ermöglichen.

Den erziehungsbedürftigen jungen Menschen würde mit der Verwirklichung dieser Forderung^{en} sinnvoller und entscheidender geholfen werden können, als das z.Zt. mit dem veralteten Instrument der Fürsorgeerziehung möglich ist.

Byzantinistische Inserate

FB. Wenn die deutschen Illustrierten wirklich so schlecht wären, wie sie die Sittenrichter von der CDU, insbesondere der Abgeordnete Paul Bausch häufig darstellen und wenn sie wollten, sie hätten jetzt eine "grosse Zeit". Sie könnten jetzt Busen en masse und nackte Beine so hoch überm Knie, wie sie wollten, veröffentlichen und niemand würde ihnen etwas tun. Oder glaubt man im Ernst, dass eine Illustrierte beschlagnahmt werden würde, die zur gleichen Zeit fest seitengrosse Inserate von Dr. Konrad Adenauer und "den Männern neben ihm" veröffentlicht?

Aber abgesehen davon muss man sich mit diesen Inseraten auch ernsthaft beschäftigen. Jede Firma, die eine neue Seife oder ein Parfum anpreist, schreibt auch dazu, wie sie reist. Bei diesen Inseraten ist ein Auftraggeber nicht angegeben, so dass die Bundesregierung gefragt werden muss: Ist sie selber der Auftraggeber, bezahlt sie diese Inserate aus Steuermitteln oder steckt dahinter eine der vielen Förder-Gesellschaften? Diese Frage ist wichtig, denn eine einzige Anzeige in einer Illustrierten dürfte rund 10.000,-- DM kosten. Wenn die Kampagne im bisherigen Umfang weitergeht, kann also sehr leicht eine sechs- oder siebenstellige Ziffer herauskommen. Wasse das der deutsche Steuerzahler aus dem Reptilienfonds selbst herappen?

Zum Inhalt der Anzeigen selbst ist wenig zu bemerken, denn sie sind im Grunde genommen eine geradezu schleimige Lockrede. Die Feststellung, dass Konrad Adenauer einer der grossen Staatsmänner dieses Jahrhunderts ist, könnte nur noch vom Abgeordneten Dr. Jaeger übertroffen werden, der kürzlich auf dem Katholikentag der südöstlichen Diözese Augsburg in Weilheim/Obb. meinte, dass das deutsche Volk seinem Kanzler "wahrhaft für Jahrhunderte zu Verehrung und Dankbarkeit verpflichtet" sei. Eine solche Heldenverehrung und dieser Byzantinismus ist bisher immer das Merkmal von totalitären Staaten gewesen, die schon einmal "den grössten Führer, Feldherrn usw." aller Zeiten aufzuweisen hatten.

Diesen Stil aber mögen die Verfasser und Auftraggeber unter sich ausmachen. Die SPD wünscht nur Klarheit darüber, wer der Auftraggeber dieser Inserate ist und wer sie bezahlt.

Das Jahrhundert des Flüchtlings

ler- In einem erschütternden Appell an die Hilfsbereitschaft der Welt haben 25 Nobelpreisträger, darunter auch die Deutschen Otto Hahn und Max Born, die Aufmerksamkeit der Regierungen und der verschiedensten Hilfsorganisationen auf die trostlose Lage von Millionen, durch Krieg, Verfolgung und Flucht entwurzelten Menschen gerichtet. Die neuesten Glieder einer unendlichen Kette des Leidens und der bittersten Not stellen 170 000 Ungarn, von denen ein Grossteil noch in österreichischen Flüchtlingslagern lebt. Wahrscheinlich wird unser Jahrhundert als das Jahrhundert der Flüchtlinge in die Geschichte eingehen.

Nach zuverlässigen, von der leider viel zu früh aufgelösten Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) - sie stellte ihre Tätigkeit schon vor sechs Jahren ein - gesammelten Unterlagen, gibt es in der ganzen Welt über 60 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Die Hälfte stellen die Chinesen, gefolgt von 12 Millionen deutschen Ostvertriebenen, sieben Millionen Indern, sechs Millionen Pakistanern, zwei Millionen Koreanern, einer Million Arabern und Hunderttausenden Türken (sie wurden von der kommunistischen Regierung Bulgariens ausgewiesen), Juden, Polen usw. Keine zuverlässigen Angaben existieren über die Überbleibsel der Kriegsvölkerwanderungen in Europa (vor allem über die sogenannten "displaced persons") und über die Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten, deren Zahl auch in die Hunderttausende gehen soll. Ihr Los ist besonders erbarmungswürdig, weil es sich hier zu einem sehr grossen Teil um Ältere, durch viele Jahre langes Lagerleben seelisch zerrütete Menschen handelt.

Für dieses menschliche Straßgut unserer Zeit erhoben die Nobelpreisträger ihre Stimme, wohl wissend, dass die Gefahren, die in ungelösten Flüchtlingsproblemen liegen, ebenso verheerend sein können wie die Explosion von Wasserstoffbomben. Hier wird sozialer Zündstoff aufgespeichert. Nach allen Erfahrungen bilden Heere von entwurzelten Menschen das Rekrutierungsfeld für Demagogen und Volkserdarber, sie stellen die Bürgerkriegsarmeen oder lassen sich für den Nationalismus missbrauchen. Das allerjüngste Beispiel liefert der arabische Nationalismus, der sich an Vorhandensein von einer Million geflüchteten Palästina-Arabern immer wieder neu entzündet und damit diesen Teil der Erde in ständiger Unruhe hält.

Der Appell der Nobelpreisträger darf nicht ungehört verhallen. Wirklicher Friede kann nur eintreten, wenn der vielfachen Millionen-schar von Heimatlosen als Spiegelbild der Zerrissenheit unserer Zeit wieder Menschewürde und Existenz zurückgegeben werden.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel